Zeitschrift: Wissen und Leben
Herausgeber: Neue Helvetische Gesellschaft
Band: 8 (1911)

Artikel: Teuerungsfragen : ein Kampf zwischen Stadt und Land
Autor: Steiger, J.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-748545

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 01.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

1. L'exploitation doit rester entre les mains de la direction elle-même et le produit intégral doit être dépensé dans un but d'utilité publique;

2. Cette exploitation doit toujours conserver le caractère d'une distraction facultative, d'un accessoire, et ne jamais passer au premier plan;

3. Toutes précautions que l'autorité jugera nécessaires seront prises pour rendre l'accès des tables de jeu impossible aux mineurs, ou à telle autre catégorie de personnes spécialement désignée.

Comme on voit, c'est à peu près la pratique actuelle du conseil fédéral. Tout ce que nous demandons à cette haute autorité, c'est de faire en sorte que *tous* les casinos du pays soient mis en demeure de s'y conformer. Premièrement et surtout, l'affermage des jeux devrait être interdit. Le fermier de jeux et les satellites qui gravitent autour de lui, ne sont pas des „hôtes désirables".

LAUSANNE EDOUARD COMBE

□□□

TEUERUNGSFRAGEN

EIN KAMPF ZWISCHEN STADT UND LAND

(Schluss aus Heft 13 vom 1. April 1911.)

Die Folgen, die die Milchteuerung in hygienischer Beziehung zeitigen wird, können also leicht bedenklicher werden als bei der Fleischnot. Und das noch mehr als in der Stadt auf dem Lande, wo man das bare Geld höher als die Gesundheit schätzt und jeden Tropfen Milch zur Hütte wandern lässt. Die Folgen davon zeigen sich heute schon bei den Rekrutenaushebungen gerade aus Gegenden, die viel Milch und Milchprodukte erzeugen. Nicht weniger geknausert wird mit der Butter, die durch gesundheitsgefährliche künstliche Fette ersetzt wird, wodurch der ohnehin schon geschwächten Lebenskraft ein neuer Stoß versetzt wird.

Auch in den Städten, wo statistische Erhebungen darüber möglich sind, wird nachgewiesenermaßen um so weniger Milch verbraucht, je höher die Milchpreise steigen. Man weiß nicht, wo das noch hinaus will.

Staatliche Maßregeln gegen die Milchteuerung, wie Kommunalisierung und Ausfuhrverbote, sind im allgemeinen ziemlich nutzlos oder dann undurchführbar. Dass auf privatem Wege auch nicht viel zu machen ist, beweist die Erfahrung mit dem Bieler Milchboykott, der dank der guten Organisation der landwirtschaftlichen Genossenschaften total misslungen ist. In *Deutschland* ist die Lage der Dinge noch gespannter als bei uns. Unter der Marke *„Zum Milchkrieg“* schrieb kürzlich die „Frankfurter Zeitung“:

> Um für den bevorstehenden Milchkrieg gerüstet zu sein, hat eine Frankfurter Firma einen Versuch mit dem Bezug *dänischer Milch* gemacht, die bekanntlich seit Jahren bei den verschiedenen Milchkriegen in Norddeutschland eine große Rolle als „Streikbrecher“ spielte. Der erste Waggon mit 7000 Litern ist in Frankfurt eingetroffen und wurde, da vorerst hier am Platz keine Milchnot herrscht, nach einem süddeutschen Kriegsschauplatz weiter dirigiert. Sie fand den vollen Beifall der Händler, da sie in tadellos frischem Zustand eintraf und nach einer vorgenommenen Analyse die Platzmilch in bezug auf Fettgehalt und Reinheit des Geschmacks überbietet. Der Eisenbahntransport der dänischen Milch von der Grenze bis nach dem Bestimmungsort erforderte eine verhältnismäßig recht kurze Zeit. Nach diesem gelungenen Versuch werden jetzt Abschlüsse auf tägliche Lieferung dänischer Milch gemacht werden. Die Händler beabsichtigen sogar, einen Jahresvertrag abzuschliessen, um sich von den hessischen Landwirten unabhängig zu machen.
>
> Aus Wiesbaden wird uns gemeldet, dass die Milchhändler von dort und der Umgegend beschlossen haben, den Landwirten den geforderten Preis von 17 Pfg., also 1 Pfg. mehr als seither, zu zahlen, ohne dass für die Konsumenten ein Preisaufschlag eintreten soll. Diese Zusage ist aber nur vorläufig, denn die Wiesbadener Händler hoffen, dass ihnen gemeinsam mit den Frankfurter Kollegen der Bezug dänischer Milch gelingen wird.

Der Frankfurter Milchhändlerverein erließ folgenden Aufruf zu einem Boykott:

> Die gesamten Milchhändler von Frankfurt und Umgegend, mit Ausnahme der Dampfmolkerei der vereinigten Landwirte, die sich mit unserem Vorgehen nicht solidarisch erklärt hat, lehnen jede Milchpreiserhöhung im Interesse der Allgemeinheit ab. Die Landwirte wollen nunmehr mit dem 1. April die Lieferungen einstellen und es ist daher Aufgabe der Einwohnerschaft, von diesem Tage ab: 1. den Milchverbrauch auf das alleräusserste einzuschränken, 2. in den Fällen, wo es dem Händler nicht möglich ist, Milch oder genügend Milch zu liefern, trotzdem als Kunde treu zu bleiben, 3. solchen Milchhändlern, die den Preisaufschlag zahlen und die von uns noch veröffentlicht werden, keine Milch abzukaufen, 4. auch den Konsum von allen Molkereiprodukten auf das geringste Maß einzuschränken, weil diese Produkte nur von

Streikmilch erzeugt werden. Wir hoffen bestimmt auf die regste Unterstützung jedes einzelnen. Andererseits versprechen wir, für genügenden Ersatz der von den Landwirten zurückgehaltenen Milch zu sorgen.

Zum Glück sind in der Schweiz noch normalere Verhältnisse, aber auch bei uns kann die Lage der Dinge gespannter werden. Das beweisen die aufreizenden Reden des Bauernsekretärs auf der großen Tagung in Winterthur, und der glücklich verlaufene *Chamer Milchkrieg.* Der Verband innerschweizerischer Milchgenossenschaften wollte die dortige Milchkonservenfabrik zwingen, nur bei Verbandsmitgliedern einzukaufen. Der Präsident des Verbandes sprach bei der Darlegung seiner Verbandsofferten vom Boykott der nichtgenossenschaftlichen Milch im Gebiete des Verbandes. Die freien Landwirte sollten also dadurch, dass ihnen die Möglichkeit genommen wird, an die Chamer Fabrik Milch zu verkaufen, gezwungen werden, das Selbstbestimmungsrecht in ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit aufzugeben. Der Chamer Gesellschaft konnte man aber nicht zumuten, nur von *organisierten* Landwirten zu kaufen, so wenig als einem Arbeitgeber, nur organisierte Arbeiter anzustellen. Sie hat sich auch das Ansinnen der Genossenschaften nicht gefallen lassen. Diese haben vorgezogen, die Sache nicht zu weit zu treiben. Die Boykottklausel wurde fallen gelassen und der Streit in Minne beigelegt. Aber wie lange wird es gehen, bis sich solche Dinge wiederholen?

Was nützt es uns, wenn darauf hingewiesen wird, dass auch die „Milchbäume“ schwerlich in den Himmel wachsen werden? Man sagt, es brauche nur eine Krisis in den Vereinigten Staaten von Nordamerika auszubrechen, die eine Reduktion des Käseexportes zur Folge hätte und die Milchpreise würden wieder in normale Bahnen treten. Einstweilen sieht es nicht darnach aus, als ob dies so bald der Fall sein würde.

* * *

Auch der Minderkonsum von *Fleisch,* wie er bei den mittleren und untern Schichten der Bevölkerung spürbar ist, ist nicht ohne Bedenken. England verdankt den robusten Gesundheitszustand der Arbeiterklasse nicht am wenigsten dem Fleischgenuss. Dessen Rückgang ist gerade in diesen Schichten der Bevölkerung kein nebensächliches Moment, wenn man auch gelten lassen kann, dass

ein Ausfall im Konsum der höheren Gesellschaftsklassen weniger zu sagen hat.

Leider besitzen wir eine sehr ungenügende Lebensmittelstatistik und sind auf nachstehende Angaben des Auslandes angewiesen: Seit 1908 zeigt der Fleischkonsum in *Deutschland* eine sinkende Tendenz. Im Jahre 1910 hat sich die Abnahme fortgesetzt. Ohne Berücksichtigung der Hausschlachtungen, für die keine periodisch fortlaufenden Erhebungen für jedes Jahr vorliegen, sank der jährliche Fleischkonsum auf den Kopf der Bevölkerung von 40,41 Kilo im Jahre 1908 auf 40,20 Kilo im Jahre 1909 und auf 39,78 Kilo im Jahre 1910.

Bei der Fleischteuerung ist man nun in der glücklichen Lage, dass der Staat Milderungsmaßregeln ergreifen kann, wenn er will, wie in den frühern Aufsätzen ausgeführt worden ist. Es fragt sich nur, ob und wie weit er das tun will. Der Bundesrat ist soweit entgegengekommen, dass er die versuchsweise Einfuhr von gefrorenem Fleisch durch teilweise Aufhebung oder Milderung seuchenpolitischer Verordnungen ermöglicht hat. Streitig ist noch die Zollfrage, und darüber sollen die eidgenössischen Räte in der Junisession entscheiden, da der Bundesrat die Verantwortung für die Herabsetzung des Zolles von 25 auf 10 Franken nicht übernehmen will.

Aus den in verschiedenen Schweizerstädten gemachten Versuchen geht hervor, dass das Gefrierfleisch in der Tat von großem Nutzen sein kann, weil das Kilo 30 bis 40 Rappen billiger verkauft werden kann als inländisches Fleisch zweiter Qualität, und noch billiger, wenn der Zoll ermäßigt würde. Auch qualitativ ist man mit dem Fleisch zufrieden. Aus St. Gallen wurde berichtet, es finde guten Absatz, und es sei eine Freude, zu sehen, mit welcher Befriedigung hauptsächlich die Hausfrauen des Arbeiterstandes einkaufen. Es wird zum einheitlichen Preise von 75 Rappen das Pfund und auf Rechnung der dortigen Metzgermeister verkauft. Nach Herabsetzung des Zolles würde sich der Preis wahrscheinlich auf 60 bis 65 Rappen das Pfund stellen.

Der Berner Polizeidirektor bemerkte wörtlich:

> Der bernische Metzgermeisterverband und die städtische Polizeidirektion haben sich zusammengetan, um mit viel Mühe und Kosten die Einführung des billigen argentinischen Ochsenfleisches in Bern zu ermöglichen. Es galt, da wir in Bern in bezug auf die Schlachthäuser

immer noch sehr übel daran sind, in aller Schnelligkeit die nötigen Anlagen zu erstellen. Wir hoffen deshalb, dass das Gefrierfleisch nicht nur bei dieser ersten Sendung Anklang finden, sondern dass es von der Bevölkerung Berns infolge seiner guten Qualität und billigen Preises als ständiger Konsumartikel geschätzt und sich immer grösserer Beliebtheit erfreuen werde, bis bessere Verhältnisse eintreten und das hiesige Fleisch zum gleichen Preis erhältlich ist. *Wir können mit gutem Gewissen jedermann, arm und reich, dieses argentinische Fleisch als vorzügliches Nahrungsmittel empfehlen.* Wir wollen uns bemühen, die Preise stabil zu halten, und bei starkem Konsum können wir sie vielleicht noch ermäßigen.

Auch der Allgemeine Konsumverein in Basel hat vorzügliche Erfahrungen mit dem argentinischen Gefrierfleisch gemacht.

In landwirtschaftlichem Kreisen tut man zwar alles, um die Herabsetzung des Zolles zu verhindern; darüber wurden an verschiedenen Bauerntagen Resolutionen gefasst. Es wird auf England hingewiesen, wo die Preise inländischen Fleisches schwer unter der Konkurrenz des Gefrierfleisches gelitten haben sollen.

Aus den amtlichen Ziffern geht nun hervor, dass die Fleischpreise allerdings in den siebziger und anfangs der achtziger Jahre gesunken sind; also in einer Zeit, wo die Einfuhr von Gefrierfleisch noch nicht beträchtlich war. In den letzten fünfundzwanzig Jahren aber sind sie *stabil* geblieben, trotz des enorm anwachsenden Importes nicht nur von Gefrierfleisch, sondern auch von amerikanischem Büchsenfleisch. Der Fleischkonsum hat in England infolge der steigenden Lebenshaltung und der billigen Fleischpreise zugenommen, was deren Stabilität erklärt. So würde es großenteils auch bei uns gehen. Durch den Import von Gefrierfleisch wird der Fleischgenuss wieder zunehmen und der Import von sonstigem ausländischem Fleisch und Vieh sich vermindern.

* * *

Zum Schluss wollen wir die zwischen Stadt und Land, zwischen Bauern und Konsumenten in letzter Zeit verschärfte bittere Stimmung zu erklären versuchen.

Es ist ja richtig, dass die auf den Bauerntagen gefallenen Übertreibungen des Bauernsekretärs zunächst das Echo anderer Übertreibungen sind, die besonders in der Arbeiterpresse gegen den angeblichen „Fleisch- und Milchwucher“ gemacht worden sind. Diese Übertreibungen sind aber erklärlich. Der Arbeiterschaft fallen die hohen Fleisch-, namentlich aber die Milchpreise am schwersten;

kein Wunder, wenn ihre Organe in Aufregung geraten. Das hätten sich bei ruhiger Überlegung auch die Bauern sagen können, um so mehr, als sich die sogenannte bürgerliche Presse im ganzen sehr ruhig verhielt.

Eine grobe Übertreibung ist es, wenn in der Winterthurer Resolution die Landwirtschaft als die von der bürgerlichen Presse verfolgte Unschuld hingestellt wird. Das entspricht nicht der Wahrheit. Die Landwirtschaft kann sich wahrhaftig nicht beklagen, weder über die Behandlung durch den Staat, noch durch die bürgerliche und nichtbürgerliche Gesellschaft. Hat man doch in der Schweiz die autoritäre fleischverteuernde Anwendung des Viehseuchenpolizeigesetzes für schutzzöllnerische Zwecke zwanzig Jahre lang ertragen, so lange, als die Fleischpreise erträglich waren. Man hat besonders die Arbeiterschaft beim neuen Tarif schwer geschädigt, indem man den Zoll des von ihr konsumierten billigen gesalzenen und geräucherten Fleisches von sechs Franken auf zwanzig Franken erhöhte. Man hat ferner der Landwirtschaft die von ihr verlangten Viehzölle großenteils eingeräumt. Die Bundessubventionen für landwirtschaftliche Zwecke sind seit 1901 von zweieinhalb auf zirka fünf Millionen gestiegen. Man hat hie und da mit Recht wohl über falsche Verwendung geklagt, aber in den Räten wurde alles bewilligt. Den schweizerischen landwirtschaftlichen Ausstellungen standen auch nicht landwirtschaftliche Kreise nicht nur mit Wohlwollen, sondern mit aufrichtiger Freude gegenüber, als einer wichtigen Kundgebung nationalen Wohlstandes und gesunder wirtschaftlicher Entwicklung. Wo ist da das Übelwollen?

Wenn man nun heute, wo die Fleisch- und Milchpreise unerträglicher werden, nach Abhilfe sucht, und man sich nicht einfach in alles, auch in alle *Ungesetzlichkeiten* schicken will, so liegt darin noch keine Unfreundlichkeit gegenüber der Landwirtschaft. Auch für offene Gewalttätigkeiten, wie die geplante Unterdrückung auch des sanitarisch unanfechtbaren und richtig deklarierten *Kunstweins* ist man empfindlicher geworden. Wenn die Unterdrückung wirklich ein Mittel für die Gesundung der anerkannt traurigen Verhältnisse in den schweizerischen Rebbezirken bildet, dann schaffe man die gesetzliche und verfassungsgemäße Grundlage und zahle wie bei der unterdrückten Absinth- und Branntweinfabrikation die nötigen Entschädigungen aus, verbiete dann aber auch die

Fabrikation von Kunstwein zu Hause, sonst ist die ganze Reform nichts als eine einseitige Gewalttätigkeit, die nur böses Blut macht wie jede Ungesetzlichkeit und Willkür.

Die Gefahr, dass sich die Kluft zwischen Stadt und Land erweitere, liegt nicht nur in der heutigen schweren Teuerung, sondern nicht zum mindesten darin, dass führende Kreise der Landwirtschaft glauben, es gebe für diese ein *besonderes* Verfassungs- und Gesetzesrecht. Viehseuchen- und Lebensmittelpolizei sollen den Deckmantel für verstärkten Schutzzoll bilden, während andere Erwerbszweige sich mit den im Tarif festgesetzten Zöllen begnügen müssen. Das ist offenbares Unrecht. Wenn ein Zoll von zehn Franken der Landwirtschaft großen Schaden bringen würde, was nur durch die Erfahrung festgestellt werden kann, so stelle man den angemessenen Zoll auf *gesetzlichem* Wege fest und nicht durch willkürliche und gekünstelte Interpretationen des Zolltarifs.

Wenn man wünscht, dass die Missverständnisse auf städtischer Seite aufhören sollen, so höre man bei den Bundesbehörden in erster Linie mit den *Willkürlichkeiten in der Behandlung agrarpolitischer Fragen* auf, wie sie seit Jahrzehnten bald mehr, bald weniger Sitte geworden ist.

Die Landwirte haben allerdings ein Recht, zu verlangen, dass die Städter die natürlichen Faktoren, die zur Verteuerung der notwendigsten Nahrungsmittel wie Fleisch und Milch beigetragen, besser berücksichtigen. Man soll nicht von „Wucher" reden, wenn der Bauer selbst gegen die stetige Verteuerung seiner Produktion und des Bodens schwer zu kämpfen hat.

Überhaupt können weder Fleisch- noch Milchpreise je wieder stark heruntergehen, da die Produktionskosten nicht billiger werden und somit eine gewisse Verteuerung als konstant angesehen werden muss. Der Ausgleich wird weniger in staatlichen Maßregeln als in höhern Einkommen gesucht werden müssen. Sowohl bei Fleich als bei der Milch sind es im Grunde internationale Faktoren, die für die Preisbestimmung bestimmend mitgewirkt haben. Was Staat und Gemeinde beitragen können, ist leider nicht so bedeutend und bei der Milch jedenfalls nur mit großen Opfern möglich. Immerhin können und dürfen sie sich der Aufgabe nicht entschlagen, zu tun, was möglich ist, um Fleisch- und Milchpreise annehmbar zu gestalten.

Fleisch und Milch der Bevölkerung zu annehmbaren Preisen zugänglich zu machen, ist heute das bedeutendste wirtschaftliche und sanitäre Problem in der Schweiz und von *diesem* Gesichtspunkt und nicht von dem des *beruflichen Klassenkampfes* aus muss sowohl die Fleisch- als die noch schwierigere Milchfrage behandelt werden.

An der Lösung dieses Problems müssen alle mitarbeiten: Landwirte und Städter, Bund und Kanton. Bei gutem Willen werden sich wohl Mittel und Wege finden lassen, eine wenigstens erträgliche Lage der Dinge zu schaffen.

BERN J. STEIGER

□□□

GIBT ES EINE NEUE MORAL?

EIN AKADEMISCHER VORTRAG

Die Forderung einer neuen Moral ist eine Äußerungsform jener mächtigen Stimmung des gegenwärtigen Geschlechtes, in der starke Unzufriedenheit mit den vorhandenen menschlichen Zuständen und sehnsüchtige Erwartung eines allgemeinen Neuwerdens zusammenfließen. Sie hat einen revolutionären Sinn und Klang. Man ist der Moral müde, oder man hasst sie auch als das verächtlichste Inventarstück der heutigen Gesellschaft, den Hort aller reaktionären Gesinnung und Inbegriff aller Heuchelei.

Diese Opposition gegen die Moral tritt, der geistigen Eigenart der Zeit entsprechend, bald in individualistischer, bald in sozialistischer Form auf. Bekanntlich sind es die individualistischen oder anarchistischen Vorkämpfer und Vorkämpferinnen einer sexuellen Revolution, die das Stichwort von der „neuen Ethik", das sie freilich in dem allzu engen Sinne ihrer besonderen Bestrebungen fassen, allgemein bekannt gemacht haben. Aber über diesen Amazonen im Kriege gegen die Moral erhebt sich ein Achilles: Friedrich Nietzsche. Mit einer seiner prachtvollen Fanfaren wollen wir beginnen und damit uns in die Stimmung versetzen, woraus diese Erscheinung zum guten Teil hervorgegangen ist. Denn Stimmungen, nicht Reflexionen, Empfindungen, nicht Theorien bilden ja die eigentliche Triebkraft und Stärke solcher Bewegungen.